Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telegramm-Adresse: Volksbote. Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 9[illegible]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27. Freitag, den 2 Februar 1906 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Russische Polizeipraxis in Preußen. Das Flugblatt „Gegen den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts“ wurde in Bromberg, nachdem die dortige Polizei mehrere Tage vergebens nach demselben gehaussucht hatte, am 20. v. M. zur Verteilung gebracht. Unter den Verbreitern befanden sich auch einige Genossinnen. Die erfolglosen Haussuchungen nach dem seitens der Polizei als staatsgefährlich gestempelten Flugblatt mögen die „Wohllöbliche“ aus der Fassung gebracht haben. Denn die Behandlung, die die Zettelverbreiter durch einzelne Polizeibeamte zu erdulden hatten, läßt darauf schließen. Bei den Polizeiaktionen machte sich auch nach russischem Muster eine „schwarze Rotte“ bemerkbar. Am Sonnabend den 20. v. M. abends erschienen auf der Polizeiwache drei Männlein, die Anhänger der christlichen Organisation sind, und verlangten den Schutz (!) der Polizei, da man in Schwedenhöhe — Flugblätter verbreite! Der Aufforderung wurde sofort Folge geleistet und los ging's, auf die Jagd nach den bösen Sozis. Nach kurzer Zeit erschien auch der christliche Arbeitersekretär Krug auf der Polizeiwache und fragte nach dem Polizeiinspektor. Nach kurzer Zeit gelang es, mehrere Genossen, darunter auch zwei Frauen, die man ebenfalls bei der Verbreitung erwischte, zur Wache zu bringen. Die „Verbrecher“, wie sie der Kriminalkommissar zu nennen beliebte, wurden einem peinlichen Verhör unterzogen und dann nach dem Polizeigefängnis geführt, obgleich sie in Bromberg festen Wohnsitz haben. Eine der Frauen, welche an Krämpfen leidet, bat einen Gefängnisbeamten um Doppelhaft. Der Beamte hatte für diese Bitte jedoch kein Ohr, sondern herrschte sie an und verlangte, daß sie sich ruhig verhalten möge. Die Inhaftierte bat aber unter Berufung auf ihre ärztlich bestätigte Krankheit nur dringender, nicht allein gelassen zu werden. Hierauf erschien der Beamte mit Fesseln in der Zelle, fesselte ihr die Hände auf dem Rücken und schloß die so gefesselten Hände an einen auf der Diele angebrachten eisernen Ring! Außerdem schlang er eine eiserne Kette um das rechte Bein der Gefesselten und befestigte dieselbe an einem zweiten am Fußboden befindlichen Ring, so daß die Gefesselte in einer regungslosen Lage verbleiben mußte. In dieser Zwangslage ließ der Beamte die Frau etwa eine Stunde verharren. Schmerzensrufe, welche durch das gastliche Gebäude hallten und den anderen Insassen den Schlaf raubten, mögen den Beamten daran gemahnt haben, sein Opfer zu befreien. Am Sonntag, 21., etwa um 11½ Uhr, wurden die vier Flugblattverbreiter vom Polizeigefängnis zum Untersuchungsgefängnis abgeführt, die beiden Frauen — mit einer starken Schnur je an einer Hand zusammengebunden (!) — bildeten die Spitze des Zuges. Die beiden Genossen in eisernen Armbändern gingen hinterher. Der ganze Zug, welcher sich durch die belebtesten Straßen bewegte, wurde von einem starken Schutzmannsaufgebot begleitet, dem eine hundertköpfige Menschenmenge folgte. Dieser Akt vollzog sich gerade um dieselbe Zeit, in der die Versammlungsbesucher zu Hunderten zu der anberaumten Protestversammlung marschierten. Dank der disziplinierten Arbeiterschaft ist es trotz dieser — wir nehmen an ungewollten — Provokation der Polizei nicht zu dem geringsten Zwischenfall gekommen. Nur in den Gesichtern sah man den bitteren und berechtigten Zorn gegen diese schmachvolle Behandlung ihr Recht ausübender Staatsbürger. Erst am Montag, denn 22. d. M., gegen Mittag, hat man sich gemüßigt gefühlt, den wie die schwersten Verbrecher Behandelten die Freiheit wiederzugeben. Die Schilderung erschein uns so unglaublich, daß wir nicht wagten, sie ohne Bestätigung wiederzugeben. Aber das Stück Rußland in Preußen läßt sich nicht aus der Welt schaffen: man nannte uns Zeugen für die geschilderten Ungeheuerlichkeiten, die wir nun nachträglich der Kritik der öffentlichen Meinung unterbreiten.

Nicht das Zentrum, sondern Herr Erzberger schmollt. Herr Erzberger, der jüngst erklärt hatte, die Bahn für ein Offizierspensionsgesetz sei durch das Bekenntnis des Reichskanzlers zum Duellzwang gesperrt, wird vom rheinischen Hauptorgan des Zentrums verleugnet. Dieses erklärt: „Zunächst ist demgegenüber festzustellen, daß eine authentische Erklärung der Zentrumsfraktion über ihre sachliche Stellung zu den Militärpensionsentwürfen, insbesondere zu dem Offizierspensionsgesetz, bisher in keiner Weise erfolgt ist. Artikel, auch wenn sie einen dem Zentrum angehörenden Parlamentarier zum Verfasser haben, können die Stellungnahme der Zentrumsfraktion in einer solchen Frage selbstverständlich nicht festlegen. Was eventuell weiter geschehen wird, steht dahin; eine offizielle Kundgebung der Fraktion liegt in dieser Beziehung bisher nicht vor.“

Eine Denkschrift des Gouverneurs über die Ursachen des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika im vorigen Jahre ist dem Reichstage zugegangen.

Herr Beseler ist nicht in der Lage. In der letzten Sitzung der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses, die den Justizetat beriet, erfolgte von freisinniger Seite eine Anfrage, ob der Minister es für geboten erachte, Vereinen oder Vereinigungen von Referendaren, die den Anschluß jüdischer Referendare ausschließen, das Unziemliche ihres Verhaltens zu erkennen zu geben. Der Minister antwortete, daß er mit Rücksicht darauf, daß jeder Beamte sich seinen Umgang selbst wählen könne, nicht in der Lage sei, dagegen einzuschreiten. — Diese Antwort würde Herr Schönstedt auch gegeben haben.

Rußland.

Eine unerhörte Maßregel. Der Prozeß gegen den Leutnant Schmidt, den Führer des Marineaufstandes von Sewastopol, wird am 16. Februar in der Festung Otschakow verhandelt werden. Die Behörden tragen Bedenken, Schmidt nach Kertsch oder Sewastopol zu bringen. Seine beiden Verteidiger wurden von dem Kommandanten ausgewiesen. Alle Advokaten protestierten energisch gegen diese Maßregel.

Eine Arbeiterkrise ist im Ural ausgebrochen. Etwa 200 000 Arbeiter sind hiervon betroffen.

Ein Attentat. Gegen den Chef des Generalstabes in Tiflis, General Griasnoff, ist ein Bombenanschlag verübt worden. Der General wurde getötet und der Mörder verhaftet.

In Riga ist es fünf politischen Gefangenen gelungen, mit Hülfe der Revolutionäre aus dem stark bewachten Polizeigebäude zu entfliehen. Hierbei kam es zum Kampf, wobei mehrere Personen getötet wurden. Die Flüchtlinge entkamen unversehrt.

Dem Verdienste seine Krone. Der Schlächter von Moskau, Generalgouverneur Admiral Dubassow, wurde unter Belassung in seiner Stellung als Generaladjutant in den Reichsrat berufen. Die Neubesetzung der Gouverneursposten erfolgt jetzt in schnellerem Tempo. Unter den neuernannten Gouverneuren befinden sich auch Persönlichkeiten, welche bisher verhältnismäßig wenig hervorgetreten sind, unter anderem der Prokureur (Staatsanwalt) eines Bezirksgerichts.

Das Schicksal der Moskauer Insurgenten. Die wegen des bewaffneten Aufstandes in Moskau verhafteten Personen werden jetzt in 3 Gruppen geteilt. Zur ersten gehören die, die man der Organisation des Aufstandes beschuldigt. Sie werden dem Zivilgericht übergeben, dessen Verhandlungen Mitte Februar stattfinden. In dieser Gruppe sind mehrere Personen, die gar keinen Anteil an der Organisation des Aufstandes genommen haben, von denen die Polizei sich aber dennoch gern befreien möchte. — Zu der andern Gruppe gehören Personen, denen man nichts vorwerfen kann, deren oppositionelle Tätigkeit durch das Manifest vom 17./30. Oktober gedeckt ist. Diese werden ohne gerichtliche Einmischung auf administrativem Wege nach entlegenen Orten verbannt. Zur dritten Gruppe gehört das „einfache Volk“. In Moskau hält sich hartnäckig das Gerücht, daß man diese Leute einfach erschießt. In Moskau gibt es kaum Menschen, die nicht daran glauben, obwohl Dubassow diese Gerüchte dementiert hat. Man erzählt sich, daß die Arrestanten nachts auf dem Chodynka-Platz gruppenweise erschossen werden.

Dubassow. Eine Petersburger Zeitung bringt die folgende Meldung: Einer der größten Moskauer Industriellen — Herr G. — kam unlängst zum Admiral Dubassow und bat ihn, irgendwelche Maßnahmen gegen die beginnende Gährung unter seinen Arbeitern zu treffen. — „Wissen Sie“, — fragte der Generalgouverneur, — „wer die Hauptschuldigen der Bewegung sind?“ — „Ja, ich weiß es.“ — „Wieviel sind ihrer?“ — „Etwa 15—20“. — „Gut, schreiben Sie ihre Namen auf und geben Sie den Zettel in der Kanzlei ab.“ — „Darf ich fragen, wozu?“ — „Morgen werde ich sie erschießen.“ Dem Industriellen wurde schwindelig. Er zog vor, seine Arbeiter aus eigener Kraft zu beruhigen.

Sibirische Republiken. Reisende, die aus Sibirien kommen, erzählen, daß sie einige „Republiken“ passieren mußten: Irkutsk, Krasnojarsk und eine Anzahl anderer Städte haben sich als unabhängig erklärt. Die Eisenbahn ist in den Händen der Revolutionäre. Dem Gouverneur des Gouvernements Tomsk, Herrn Asantschewsky, war es unmöglich, aus Tomsk abzureisen, da die revolutionäre Eisenbahnverwaltung es ihm verweigerte. Zuletzt ist er als Bürger verkleidet und unter falschem Namen auf einer Mietskutsche entkommen. In Krasnojarsk hält man den Gouverneur gefangen.

Religiöse Revolutionäre. Vor dem Gefängnis in Valuiki versammelten sich, wie aus Moskau gemeldet wird, 2000 Bauern, um den im Gefängnis sitzenden Dorfpriester von Scharabalowo zu befreien. Sie gingen, Choräle singend, zum Angriff auf das Gefängnis über und setzten die Gefangenen in Freiheit. Der befreite Priester hielt darauf auf dem Marktplatze einen Dankgottesdienst ab, der jedoch durch Kosaken unterbrochen wurde, die das Volk auseinandertrieben und den Priester wieder ins Gefängnis brachten.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 31. Januar 1906.

32. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Die erste Beratung des Antrags Hompesch (Ztr.) und Gen. über die Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag) wird fortgesetzt.

Frh. v. Hertling (Z.): Meine politischen Freunde sind von dem bisherigen Verlauf der Debatte wenig erfreut. Das liegt besonders an dem Abg. Müller-Meiningen, der eine so wichtige Sache benutzte, um unkontrollierbare Histörchen vorzubringen (Zustimmung im Zentrum) und Beichtstuhlgeschichten zu erzählen, die man überhaupt nicht erzählen sollte. (Heiterkeit links.) Die Frage, ob das Austragen liberaler Zeitungen eine Sünde ist oder nicht, will ich nicht beantworten. (Heiterkeit links.) Dagegen bedauere auch ich die päpstliche Empfehlung des Abg. Müller-Meiningen erwähnten Gebetbüchleins. Man wird im Vatikan, wo man wenig deutsch versteht, den Inhalt des schön ausgestatteten Buches nicht recht verstanden haben. Möge der Abg. Müller-Meiningen seinen Spaziergang durch den Lustgarten der katholischen Gebetbüchlein fortsetzen, vielleicht findet er dabei ein Körnchen Heilswahrheit. (Beifall im Zentr.; Heiterkeit links.) Ernsthafter sind die Ausführungen des Abg. Dr. David zu nehmen. Nach dem sozialdemokratischen Programm kann ein Sozialdemokrat gläubiger Christ sein, aber das Prinzip des Klassenkampfes schließt aus, daß ein Katholik Sozialdemokrat sein kann. — Wir denken garnicht daran, die Kirche vom Staat zu trennen. (Beifall im Zentr. und lebh. Hört, hört! links.) Wenn die protestantische Kirche die Freiheit nicht vertragen kann, so ist das kein Grund, sie der katholischen Kirche zu versagen. Wir werden unseren Antrag so lange einbringen, bis die allseitig verurteilte Politik der Nadelstiche gegen die katholische Kirche aufhört. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Hoffmann (SD.): Zunächst beantrage ich namens meiner Fraktion die Verweisung des Toleranzantrages an eine 21gliedrige Kommission. Unsere prinzipielle Stellung hat Genosse David schon dargelegt. Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche und damit auch die Trennung von Schule und Kirche. Diese Trennung ist die Vorbedingung jeder religiösen Freiheit. Der Vorredner meinte, ein Christ könne niemals Sozialdemokrat sein. Nun, es gibt Geistliche, die darüber anderer Meinung sind. Die auffällige Aenderung, die das Zentrum an § 4 seines Antrages vorgenommen hat, gibt sehr zu denken. Wird den Dissidenten Religionsunterricht aufgezwungen, so wird die Schule zu einer Zwangsanstalt gegen religiöse Freiheit herabgewürdigt. — Dr. Bachem hat einen feierlichen Verzicht auf Ketzerverbrennungen ausgesprochen. Das ist die bekannte saure Trauben-Fuchsgeschichte (Heiterkeit.) Hätten Sie noch die Macht, so würden Sie, fürchte ich, das Ketzerverbrennen fortsetzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden das Brauchbare aus dem Gesetzentwurf annehmen. In der Tat bedarf unsere zum Spott gewordene Religions- und Gewissensfreiheit dringend der gesetzlichen Sanktionierung. Es müssen Zustände beseitigt werden, die es ermöglichen, einen Dr. Wille auf administrativem Wege ins Gefängnis zu werfen, weil er Moralunterricht erteilt hat, ohne an einen persönlichen Gott zu glauben. Die Gerichtshöfe urteilen heute so, morgen so, je nach dem oben wehenden Winde. Das ist nicht verwunderlich in einer Zeit, in der der höchste Beamte des Reiches in der Duellangelegenheit einen direkt zu Gesetzesverletzungen auffordernden Erlaß verlesen läßt. (Sehr richtig! im Zentr.) Sagt doch ein altes deutsches Sprichwort: Wie der Herr, so's Gescherr! (Heiterkeit.) — So sehr wir jeder Erleichterung auf dem Gebiet der Religionsfreiheit zustimmen, so sehr haben wir Ursache, insbesondere gegen das Zentrum mißtrauisch zu sein. Das Zentrum verlangt vom Staate Toleranz, aber die katholische Kirche denkt nicht daran, Toleranz zu gewähren. Am Schutz der Kirche durch die Staatsanwälte fehlt es doch wahrhaftig nicht. Im letzten Thoma-Prozeß gegen den „Simplicissimus“ wandte sich der Staatsanwalt gegen die Vernehmung des Prof. Forel als Sachverständiger, denn ein Mann, der öffentlich Gott leugne, besitze nicht die nötigen sittlichen Qualitäten, um in dem Falle ein richtiges Urteil zu fällen. (Hört! Hört! b. d. Soz.). Wenn Sie Ihrer Kirche Vorteil schaffen können, sind Sie in den Mitteln nicht wählerisch. In Berlin hat ein katholischer Pfarrer ein Kind gegen den Willen der Eltern mit Hülfe der Großmutter getauft. Freilich handeln auch manche evangelische Geistliche nicht anders. So taufte in Wittenberge ein Pfarrer ein einer dortigen Anstalt überwiesenes Dissidentenkind hinterrücks gegen den Willen der Eltern. So etwas nennen wir pfarrherrliches Buschkleppertum. (Gr. Heiterk. links). Ich erinnere in diesem Zusammenhange auch an die bekannten Wiedertaufen in Bremen. Der evangelische Pfarrer Römer in Remscheid trat aus dem evangelischen Bunde mit der Erklärung aus, es sei Heuchelei, in einer Zeit die katholische Kirche zu bekämpfen, in der man in der evangelischen Kirche völlig katholische Zustände einführe. Die Kirche enthält den Kindern sogar die besten

Dichtwerke unserer Nation vor. Der Rektor der katholischen Mädchenschule in St. Johann verweigerte die Verteilung einer ganz unschuldigen Volksausgabe von Schillers Werken. Man kann dazu nur sagen:

O vergib dem Vaterland,
Meister, seinen Unverstand.

(Heiterkeit). In Lütgendortmund wurde die Leiche eines Sozialdemokraten auf dem Schindanger begraben. Infolge Gerichtsbeschlusses mußte sie wieder ausgegraben werden und wurde feierlich bestattet. Der Zentrumsabgeordnete Brust aber erklärte öffentlich: Sozialdemokraten gehören auf dem Schindanger. (Hört! Hört! links). Das ist Zentrumstoleranz! Auch in der Frage der Feuerbestattung haben sich die Geistlichen beider Konfessionen durchweg höchst intolerant gezeigt, obwohl die Feuerbestattung gegen kein Dogma der christlichen Kirche verstößt. Gegen die Sozialdemokratie setzen die katholischen Geistlichen nicht bloß Lokalabtreibungen, sondern auch Dreschflegel in Tätigkeit. Aber wie soll man sich darüber wundern, da die Organe der katholischen Kirche sogar ihre eigenen polnischen Glaubensbrüder nicht viel besser behandeln! Wie kann man in einer Zeit von Toleranz sprechen, in der es oben heißt: Nur ein guter Christ kann ein guter Soldat sein. Was sollen dazu die zahlreichen Juden und Dissidenten sagen, die tapfere Soldaten sind? Strenggenommen könnte ein wahrer Christ kein guter Soldat sein, denn im 5. Gebot ist klar und deutlich geschrieben: Du sollst nicht töten! (Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Bundesratstische Platz genommen.) Der § 4 des Zentrumsantrages schützt die Dissidenten nicht. Wie notwendig aber der Schutz der Dissidenten vor zwangsweiser Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht ist, zeigen die von mir im vorigen Jahre angeführten Fälle aus Küstrin und Waidmannslust bei Berlin. In Waidmannslust mußte nicht nur ein Dissidentenkind den Religionsunterricht über sich ergehen lassen, sondern der Vater wurde auch gezwungen, eine Bibel anzuschaffen. Als er sich weigerte, wurde ihm ohne gerichtliche Entscheidung ein Regulator gepfändet. Das ist recht hübsch. Wenn die Uhr durch die Bibel ersetzt wird, so weiß kein Mensch mehr, was die Glocke geschlagen hat. (Gr. Heiterkeit links.) — Wie gegen die Fassung des § 4, so müssen wir auch gegen die Fassung des § 12 stimmen. Der Austritt aus der Landeskirche darf nicht erschwert, sondern er muß erleichtert werden, denn in der Zeit des preußischen Schulgesetzes bildet der Massenaustritt aus der Landeskirche das einzig wirksame Protestmittel. Darum hat auch ein frommer und auf dem Boden des Christentums stehender Mann, wie mein Parteigenosse Göhre, öffentlich zum Massenaustritt aufgefordert. Wenn solche Leute sich dazu aufrappeln, so zeigt das, wie weit die Sachen gediehen sind. Auch die Bremer Lehrerschaft hat sich aufgerappelt und erklärt, daß die Gedankengänge syrisch-arabischer Beduinen sich nicht zum Lehrgegenstand für Schulkinder eignen. Auch die preußische Lehrerschaft protestiert trotz ihrer bureaukratischen Bevormundung gegen das neue Schulgesetz. — Das Zentrum fordert Toleranz, aber die Geistlichen der katholischen wie der evangelischen Kirche suchen durch ungesetzliche Maßnahmen, z. B. durch Verweigerung der Taufscheine, den Austritt aus der Kirche zu verhindern. Wir sind in Preußen-Deutschland nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen. Bei seinem Regierungsantritt wandte sich Wilhelm I., der nachher der Große zubenannt wurde, gegen die orthodoxe Heuchelei und Scheinheiligkeit, später aber prägte er den Satz, daß die Religion dem Volke erhalten werden müsse. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie klammert sich der Staat an die Kirche an. Als Gegendienst verlangt die Kirche, daß Wissenschaft und Erkenntnis möglichst aus der Volksschule verbannt werden. Alexander von Humboldt wollte die Naturerkenntnis in den Mittelpunkt des Volksschulunterrichts gestellt wissen, Sie (zum Zentrum und nach rechts) aber wollen Religion, Religion und wieder Religion in der Volksschule lehren lassen und alle Fächer mit Religion durchtränken. Sie führen immer den Heiland im Munde; aber Sie handeln nicht nach seinen Worten:

Er predigte Liebe und Freiheit und Gleichheit mit ernstem Mund,
Sie haben ihn drum gekreuzigt; es war ihnen gar zu bunt.
So kreuzigt man noch jeden, der von Freiheit und Gleichheit spricht.
Das konnten sie niemals vertragen, vertragens noch immer nicht!

(Große Heiterkeit und Beifall b. d. So.) Sie haben aus der Religion eine Dienerin der Herrschenden und Besitzenden und ein Werkzeug gegen die Mühseligen und Beladenen gemacht. (Lachen rechts.) — Charakterisch für die Toleranz, die in Deutschland herrscht, ist die Einschränkung des freien Verfügungsrechts der Gemeinden über die Schulräume und die Behandlung der freireligiösen Gemeinde. Um die Rechte der juristischen Person zu erwerben, hat sich die freireligiöse Gemeinde in Berlin in Offenbach einregistrieren lassen. Sie heißt also jetzt offiziell: Freireligiöse Gemeinde in Berlin mit dem Sitz in Offenbach. (Heiterkeit.) Bezeichnend ist auch, daß das preußische Volksschulgesetz den Dissidenten den letzten Weg abschneiden will, der ihnen blieb, um ihre Kinder vor kirchlicher Mythologie zu bewahren, nämlich sie in jüdische Schulen zu schicken, was sie übrigens nicht aus Vorliebe für den Mosaismus taten. Der § 12 wird dazu dienen, die Klosterschulen, diese Stätten schlimmster Intoleranz, wieder aufleben zu lassen. Und alles das geschieht in demselben Augenblicke, da man in Frankreich die reinliche Scheidung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche durchgeführt hat. In Frankreich ist der Religionsunterricht durch Moralunterricht ersetzt worden. Dort lehrt man in den Schulen die Liebe zu den Eltern, während bei uns empfohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen. Wir nehmen den Toleranzantrag als kleine Abschlagszahlung hin, wir werden aber nicht eher ruhen und rasten, bis das Kostbarste, das wir besitzen, die Jugend, bis die Schule und der ganze Staat aus den Banden der Reaktion, der Verpfaffung und der Verdummung gerettet sind. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Stöcker (Wirtsch. Vg.): Eine solche Rede im deutschen Reichstag zu hören, ist schmerzlich, nicht nur aus dem Gesichtspunkt der Religion, sondern auch aus dem der Bildung. Daß die Gottesleugnung auf das ganze geistige Leben verheerend wirken muß, darin kann uns diese Rede nur bestärken! Die Lehren vom Ausland können wir nicht brauchen. (Lachen b. d. Soz.) Die Dissidentenkinder sollen nicht am Glaubensunterricht teilnehmen, wohl aber mit der Geschichte Jesu Christi ein großes Stück Kultur in sich aufnehmen. (Lachen b. d. Soz.) Der Darwinismus ist von der Fachwissenschaft längst aufgegeben und nur den Entwickelungsgedanken hat man noch beibehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind lediglich eine Folge der sozialdemokratischen Gottlosigkeit. Die Forderung, auch Freidenker, Deisten und Atheisten in unsere protestantische Gemeinschaft aufzunehmen, die auf der festen Grundlage eines Bekenntnisses steht, kann nur ein Mann wie der Abg. Dr. Müller Meiningen stellen, der über diese Frage nicht genügend nachgedacht hat. — Zur Sache selbst können wir einer so intoleranten Kirche, wie der katholischen, schrankenlose Freiheit nicht einräumen, sind aber gern damit einverstanden, daß die kleinen Chikanen gegen die religiösen Gemeinschaften beseitigt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Fürst Radziwill (Pole): Die Rede des Abgeordneten Stöcker war nach der vorhergehenden eine wahre Erquickung. Wir hoffen, mit diesem Antrag zu einem gesetzgeberischen Resultat zu gelangen und mit seiner fruchtbaren Anregung allmählich die religiösen Vorurteile gegen die katholische Kirche zu überwinden, was besonders für uns Polen, die wir unter der ungerechten nationalen Voreingenommenheit leiden, ein wahrer Segen wäre. (Beifall b. d. Polen und im Zentr.)

v. Gerlach (FVg.): Ich begrüße den Antrag des Zentrums als ersten Schritt auf dem Wege zur Trennung von Staat und Kirche. Auch daß das Zentrum keinen Wert mehr auf § 166 (Gotteslästerung) legt, freut auch sehr. Hoffentlich ist nun auch das Zentrum damit einverstanden, den Austritt aus der Kirche möglichst zu erleichtern und sie nicht zu einer Zwangsinnung zu machen. (Sehr gut! links.) Als ich Verwaltungsbeamter war, galt es geradezu als staatliche Pflicht, dem Katholizismus politische Hindernisse in den Weg zu legen. (Hört! Hört! im Zentrum.) Jetzt will der Zentrumsantrag in dieser Hinsicht endlich das Reich über die Einzelstaaten stellen. Hoffentlich tut es das auch in der Verfassungsfrage, die wir später behandeln werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) So wollen wir das Gute aus dem Zentrumsantrag heraussuchen und ihn dann der Regierung empfehlen. (Bravo! links.)

Osel (Ztr.): Selbst der Abg. Hoffmann stand auf einem höheren Niveau als Dr. Müller-Meiningen. Nur hätte er angesichts der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, die Bände spricht, nicht von der Toleranz der katholischen Kirche sprechen sollen. (Lachen b. d. Soz.) Der Abg. v. Vollmar mußte sich wiederholt gegen die Pfaffenfresserei und Kulturkampfpaukerei niedrigster Art in den Reihen seiner eigenen Partei, auch des Abg. Bebel wenden. Auf die Frage des Darwinismus gehe ich nicht ein, weil man sich in fremde Familienangelegenheiten nicht einmischen soll. (Gr. Heiterkeit im Zentr.) Wenn jemand glaubt, daß sein Urgroßvater ein Affe war, — er muß es ja wissen (Heiterkeit im Zentr.) aber wir verwahren uns gegen gegen diese Verwandtschaft. (Zuruf b. d. Soz.: Und das sagt ein Oesel! (Gr. Heiterkeit.) Ich schreibe mich mit o, aber es gibt Esel, die sich mit e schreiben. (Stürmische Heiterk.) Der Abg. Dr. Müller-Meiningen ist ein ganz leichtfertiger Mann. (Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung.) Es ist traurig, daß man eine Katze nicht eine Katze nennen darf. Das von ihm zitierte Erbauungsbuch des Herrn Pitschnau kennt der Abg. Müller-Meiningen augenscheinlich garnicht, denn der Verfasser schreibt sich mit einem B. (Stürm. Lachen links.) Wenn der Abg. Müller-Meiningen von Grunzen gesprochen hat, so wissen wir ja, daß er sich soviel mit Schweinereien beschäftigt, daß er damit nicht aus seinen gewohnten Umgangsformen herausfällt. Ueberhaupt ist Herr Müller-Meiningen weder Protestant, noch Jude, noch Katholik. (Beifall im Zentrum.)

Schrader (FVg.): Der Abg. Osel ist doch der allerletzte, der sich über den Ton eines anderen beschweren dürfte. Wenn das Reich gegen die Auswüchse der Landesgesetzgebungen auf religiösem Gebiete vorgehen will, so sollte es in erster Reihe ein Gesetz, wie das jetzige in Preußen über die Schule, unmöglich machen. (Bravo! links.)

Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Das Zentrum täuscht sich furchtbar, wenn es glaubt, daß ich hier nicht im Namen meiner ganzen Partei spreche. So lange die Attentate des Klerikalismus auf unsere Kultur nicht aufhören, werde ich gegen ihn ankämpfen, auch wenn sie mir in ihrer Presse ganze Kübel voll Unrat über den Kopf schütten. (Lebh. Zust. links.) Die unfreiwillige Komik der Ausführungen des Abg. Osel möchte ich nicht durch eine lange Entgegnung abschwächen. Besonders übel hat er mir den in der Kampfeshitze gefallenen Ausdruck „grunzen" genommen. Aber für die Töne, die das Zentrum bei meiner Rede ausstieß, gab es keinen parlamentarischen Ausdruck.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie hätten doch einfach von „unartikulierten Lauten" sprechen können. (Stürm. Heiterk.)

Müller-Meiningen (fortfahrend): Ich zöge eigentlich „animalische Töne" vor. (Gr. Heiterk.) Die Unduldsamkeit auf protestantischer Seite kann mit der Macht der internationalen katholischen Hierarchie gar nicht verglichen werden. Das Zentrum läßt sich von der gewaltigen Organisation der klerikalisierten Kirche unterstützen, lehnt aber alle Verantwortung für die Folgen ab. Warum stimmt es nicht dem Antrag zu, den Mißbrauch des geistlichen Amtes zu politischer Beeinflussung unter Strafe zu stellen? So aber läßt es uns nachweisen, daß dieses klerikale System der Totfeind jeder Kultur ist, läßt uns hinweisen auf den Theologieprofessor Kautz in Münster, welcher die Temperatur und den Ort der Hölle genau bestimmt hat (Heiterk. links) und antwortet uns nur, daß das mit seinem Gesetzesvorschlag nichts zu tun hat. In den letzten Tagen sind mir wieder ganze Stöße von Belegen für katholische Intoleranz zugegangen. Es sind Dinge darunter, die wahrhaft zum Himmel schreien. (Lärm im Zentr.; Präsident Graf Ballestrem bittet um Ruhe.) Da ist u. a. der Brief eines katholischen Geistlichen an ein junges Mädchen, das er vor der Ehe mit einem Protestanten warnt. Es heißt in dem Brief u. a.: Setzen Sie nicht wegen des Sinnenkitzels Ihre ganze Seligkeit auf das Spiel. (Zwischenrufe im Zentr.) Es scheint, das Wort „Sinnenkitzel" regt die Herren vom Zentrum mächtig auf. (Gr. Heiterkeit links. Großer Lärm im Zentrum.) Herr von Hertling erklärte sich mit Emphase für einen modernen Menschen. Er protestiert dagegen, daß man der katholischen Kirche Dinge vorwerfe, die in verflossenen Jahrhunderten passiert wären. Nun, noch im Jahre 1864 hat der Papst die Forderung der Gewissensfreiheit als Verrücktheit bezeichnet. (Vielfaches Hört, hört! links.) — Wir sind gewiß entschiedene Gegner einer Politik kleinlicher Nadelstiche gegen die katholische Kirche; aber mit dem Klerikalismus ist nach Zanardellis treffendem Worte kein Frieden möglich, wenn der moderne Staat, die moderne Wissenschaft sich nicht selbst aufgeben wollen. (Lebh. Beifall links.)

Henning (K.) erklärt, daß seine Freunde sowohl den ersten als den zweiten Teil des Toleranzantrages ablehnen.

Damit schließt die Diskussion. Das Schlußwort für die Antragsteller hat

Dr. Spahn (Z.) (auf der Tribüne schwer verständlich): Wir wollen den freien Kampf der Geister nicht beseitigen; wir haben vielmehr gerade, um ihn zu einem wahrhaft freien zu machen, den Toleranzantrag eingebracht. Unsere Gegner operieren fortwährend mit Beichtstuhlgeschichten. Ich muß erklären, daß, wer die Antworten seines Beichtvaters preisgibt, lieber garnicht zur Beichte gehen sollte. (Sehr wahr! im Zentr.) Die strafrechtliche Verfolgung eines katholischen Geistlichen wegen Absolutionsverweigerung hat dem Kulturkampf den Hals gebrochen: und jetzt kommt ein Mitglied der freisinnigen Partei und fordert das Einschreiten des Staates gegen den Beichtstuhl. (Vielfaches Hört! Hört! im Zentr.) Ein solches Verhalten muß ich vor ganz Deutschland kennzeichnen. Kein anständiger Mensch wird das billigen. (Stürmische Zustimmung im Zentr., gr. Unruhe links.) Das katholische Volk wird sich nicht von der Führerschaft seiner Geistlichen trennen. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Dr. Müller-Meiningen (FVp.), daß er nur Fälle krasser klerikaler Intoleranz gegeißelt, aber nicht ein Einschreiten des Staates verlangt habe.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die zweite Beratung wird also im Plenum stattfinden.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Beginn der zweiten Etatlesung mit dem Etat des Reichstages und dem Etat des Reichsamts des Innern.)

Schluß 6½ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 1. Februar.

Zuzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Die Sperre ist seitens der Mitgliederversammlung des Zweigvereins der Maurer über den Bau von Kröger, Lindenstraße, verhängt worden.

Die neuen Halb-Markstücke werden von Falschmünzern bereits nachgemacht und anscheinend in größeren Mengen in Umlauf gebracht. Die Verausgabung dieses Falsifikates ist für Falschmünzer um so leichter, als die Kaufleute bei derartigen kleinen Münzen anscheinend nicht genügend Sorgfalt und Aufmerksamkeit anwenden. Die Ausführung der Falsifikate, von denen mehrere an öffentlichen Kassen in letzter Zeit angehalten worden sind, ist gut und die Prägung scharf. Hierdurch erscheinen die Fälschungen weniger auffällig, da auch die echten Halb-Markstücke noch nicht abgenutzt sind und eine scharfe Prägung aufweisen. Die Falsifikate sind aus einer Bleilegierung hergestellt, in der Farbe eine Schattierung dunkler als die echten Münzen und fühlen sich fettig an.

Vorsteher des Heiligen Geist-Hospitals. Der Senat hat Paul Lebrecht Strack an Stelle des zum Mitgliede des Senates erwählten E. F. W. Rabe zum Vorsteher am Heiligen Geist-Hospitale erwählt.

S. **Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Lübeck, für 1905.** Das Jahr 1905 kann von den Metallarbeitern Lübecks als ein ruhiges bezeichnet werden, da keinerlei Lohnstreitigkeiten von größerer Bedeutung vorhanden waren, was der Entwicklung der Geschäfte zum Vorteil gereichte. Auch die Arbeitsgelegenheit muß als eine bessere bezeichnet werden; wenn auch ein großer Teil der Kollegen die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen mußte und die Gesamtsumme diejenige vom Jahre 1904 noch überstieg, so ist immerhin im Verhältnis zur Mitgliederzahl eine Abnahme der Unterstützung zu verzeichnen. Die Klempner von Carl Thiel u. Söhne hatten in einem Schreiben die Firma um eine Lohnerhöhung ersucht; diese wurde ihnen teilweise zugestanden. Die Kollegen von Schärffe wählten sich eine Kommission, welche bei der Firma um eine Lohnerhöhung sowie wegen Abschaffung der Ueberstunden vorstellig wurde. Die Firma gestand der Kommission eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde zu, und versprach möglichste Einschränkung der Ueberstunden; wenn solche unvermeidlich sind, so soll ein Lohnaufschlag von 50 % vom 1. Juli 1905 ab gezahlt werden; hiermit erklärten sich die Beteiligten zufrieden. Auf der Lübecker Maschinenbau-Anstalt drohte es zu einem ernsten Konflikt zu kommen. Die Arbeiter waren wiederholt um Aufbesserung ihres Lohnes vorstellig geworden, jedoch die Direktion sah sich nicht veranlaßt, den berechtigten Forderungen der Arbeiter auch nur annähernd entgegenzukommen. Im letzten Augenblick, als der Streik von sämtlichen Arbeitern beschlossen werden sollte, machte die Direktion einige Zugeständnisse, mit welchen sich die Arbeiter auch einverstanden erklärten. Die Zugeständnisse sind seinerzeit veröffentlicht. An Mitglieder-Versammlungen wurden 22 abgehalten, davon waren 2 außerordentliche. Diese wurden durchschnittlich von 108 Kollegen und Kolleginnen besucht; in 5 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Als Referenten fungierten die Genossen Stelling, Leu, Madsen, Vedder und Erdmann. Den Bericht des Kölner Gewerkschaftskongreß erstattete Gotthusen-Hamburg, den von der siebenten Generalversammlung Sommerfeld, den von der Gaukonferenz in Hamburg Seemann, Ehlers und Leu. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1904 1110 männliche und 15 weibliche, dagegen am Schlusse des Jahres 1905 1361 männliche und 88 weibliche, mithin ist eine Zunahme von 251 männlichen und 73 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Zu bemerken ist, daß am 1. November 1905 die Zahlstelle Lübeck des Werftarbeiter-Verbandes mit 120 Mitglieder zu uns übertrat. Die Kassenverhältnisse sind folgende: an Beiträgen für männliche Mitglieder wurden 59 772 und für weibliche Mitglieder 1872 Marken abgegeben. Die gesamte Einnahme betrug 28 188,44 Mk. Die Neuaufnahmen betrugen 397 männliche und 73 weibliche Mitglieder. An Arbeitslosen-Unterstützung wurde bezahlt an 215 Kollegen für 3730 Tage 5314,45 Mk. Reiseunterstützung wurde an 794 Kollegen für 2310 Tage 2310 Mark gezahlt. Für die am Bauarbeiterstreik beteiligten Kollegen ist die Summe von 1498,95 Mk. gezahlt worden. An der Mai-Aussperrung waren 379 Kollegen und 8 Kolleginnen unseres Verbandes beteiligt. Dieselben erhielten für 758 Tage an Unterstützung 1081,10 Mk. Als Maßregelungs-Unterstützung wurde an 4 Kollegen insgesamt 355,80 Mk. gezahlt. An Unterstützung in besonderen Notfällen erhielten 17 Kollegen 1474 Mk., Umzugsunterstützung 2 Kollegen 65 Mk. An die Hauptkasse wurden 10 300 Mk. gesandt. Für Rechtsschutz wurden 35,05 Mk. ausgegeben. Die Gesamtausgabe, einschließlich der 20 Proz. = 5460,67 Mark, welche unter der Reservekasse verrechnet sind, betrug 27 895,02 Mk. Das Vermögen der Reservekasse beträgt 2700 Mk. Die gesamte Einnahme betrug einschließlich der 20 Proz. von der Hauptkasse 9748,42 Mk. Die Ausgabe für die Verwaltung 1637 Mk., an Porto und Schreibmaterial 199,82 Mk., Inserate 88,55 Mk., Bibliothek 193 Mk., Referate 0,75 Mk. An Agitation und Beitrag für das Arbeiter-Sekretariat wurden 1574,72 Mk. verausgabt. An die Beitrags-Einkassierer wurde 1654,60 Mk. gezahlt, an das Kartell 800 Mk., zu dem Mietezuschuß für die Bauarbeiter an das Kartell 887 Mk., an nichtbezugsberechtigte Mitglieder, welche am Streik beteiligt waren, 91,40 Mk.,

sowie ein Mietezuschuß von 75 Mk. Den russischen Freiheitskämpfern wurden 100 Mk. bewilligt, den Solinger Streikenden zu Weihnachten 100 Mk., Zuschuß zum Weihnachtsvergnügen 223 Mk. An Sterbegeld wurde 192,80 Mark bezahlt, an Bureaumiete und sonstige Ausgaben wurden 140 Mk. verausgabt. Die gesamte Ausgabe der Reservekasse betrug 7157,75 Mk. Es verblieb ein Bestand von 2700,42 Mk.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Das Lustspiel „Der Schwur der Treue" wird morgen zum letzten Male wiederholt. Sonnabend findet keine Vorstellung statt, am Sonntag nachmittag 4 Uhr wird zu kleinen Preisen „Der Schwabenstreich", Lustspiel in 4 Akten von Schönthan, abends 7½ Uhr die große Oper „Die Jüdin" in 5 Akten von Halevy gegeben.

Handelsregister. Am 31. Januar 1906 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Feldmeier, Slump u. Elberfeld in Lübeck eingetragen worden: Der Kaufmann G. L. C. Slump ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Im Variete Universum (Direktion L. Puls) ist mit dem heutigen Tage ein vollständig neues Programm in Kraft getreten, das bis zum 15. Februar Gültigkeit hat. Dasselbe läßt auf eine reiche Abwechslung schließen. — Am Freitag ist Benefiz für den Kapellmeister Wessely.

-r. **Schwartau.** Ein „Gegen die Entwicklung unseres Orts als Villenkolonie" überzeichnetes Eingesandt im Lübecker „G.-A." befaßt sich mit den Beschlüssen unseres Gemeinderats betr. die Villenkolonie. Darin werden dieselben in erster Linie auf parteipolitische Gründe zurückgeführt. Aus Furcht vor den zukünftigen Villenbewohnern hätte die sozialdemokratische Mehrheit schier unerfüllbare Bedingungen gestellt. Wir können dem Einsender verraten, daß diese Gründe hierfür absolut nicht in betracht kommen; dann müßte es den Sozialdemokraten eben so gehen, als es dem Bürgertum beim Verkauf der Ländereien gegangen ist. Das war doch lediglich ein Angstprodukt vor der Sozialdemokratie. Wir wollen dem Einsender auch noch verraten, weshalb 15 Mtr. Straßenbreite vorgeschrieben wurde: es soll eben eine Villenkolonie werden im wahren Sinne des Worts, nicht nur auf dem Papier. Kopfsteinpflaster wird gewünscht, damit die Gemeinde nach Uebernahme der Straßen in Gemeinderegie nicht soviel Reparaturen hat, als bei Chausseen alljährlich sich notwendig machen. Daß die Gemeinde die Elisabethstraße chaussiert, liegt eben daran, weil der frühere Gemeinderat das Geld verpulvert hat bei der Pflasterung von Staatsstraßen und bei der Kanalisation. Ferner sollen 100 000 Mk. hinterlegt werden, damit die Gemeinde auf alle Fälle sicher gestellt ist; die Berliner Herren kommen doch nicht nach Schwartau, um den Ort zu heben, sondern um möglichst viel zu verdienen.

-g. **Reinfeld.** Groben Unfug trieben hier am vorigen Donnerstag verschiedene junge Leute, indem sie aufgepflanztem Bajonnet auf dem Trottoir marschierten. Es gab harmlose Passanten, die meinten, die Revolution sei ausgebrochen. Anscheinend handelte es sich um Waffen, die zu einer Theaterprobe gebraucht waren. Während die Behörden stets eifrig an der Arbeit sind, wenn es gilt, Flugblattverteiler abzufangen, so rührten sie jetzt keine Hand, um den Unfug zu wehren. Man hält wohl die Flugblätter, die zur Aufklärung der Bevölkerung beitragen, für gefährlicher, als Waffen mit denen man sich nur am Körper verletzen kann.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Von der Insel Fehmarn wird ein Unglücksfall gemeldet, von dem zwei Landleute auf der Wagenfahrt durch Landkirchen betroffen wurden. In der Dunkelheit stürzte der Wagen um, wobei der Rentner Michael so unglücklich unter das stürzende Pferd geriet, daß er das Genick brach und sofort starb. — Auf Anweisung des Regierungspräsidenten ist der Polizeikommissar A. in Heide bis auf weiteres vom Amte suspendiert.

Hamburg. Der Wahlrechtsraub ist gestern perfekt geworden. Mit 120 gegen 35 Stimmen wurde beschlossen, die Arbeiterschaft noch weit mehr als bisher zu entrechten. Den Verlauf der Bürgerschaftssitzung hat das „H. E." bereits im voraus gewußt, denn es schrieb in seiner gestrigen Ausgabe: „Die wahlräuberische Bürgerschaftsmehrheit will die allgemeine Beratung nach einer Rede des Hausmaklers Rohde von der Linken durch einen Schlußantrag guillotinieren und damit unserem Genossen Bömelburg, der noch zum Wort gemeldet ist, und den übrigen Gegnern des Wahlrechtsraubes, die noch in der Rednerliste stehen, das Wort abschneiden. Dann soll, entgegen der bisherigen Disposition, sofort die entscheidende zweite Abstimmung über die Verfassungsänderung, welche das Klassenwahlrecht fundamentieren soll, vorgenommen werden. Wie es heißt, ist der Präsident für diesen Gewaltakt gewonnen. Herr Pahl von der Linken wird „mutig" den Antrag auf namentliche Abstimmung über die Verfassungsänderung stellen, aber sein Freund, Fraktions- und Hausagrariergenosse Jul. Sievers ist, unterstützt von Wahlrechtsräubern aller drei bürgerlichen Fraktionen, sofort bereit mit einem Antrag auf „geheime" Abstimmung. Diese Komödie ist dazu bestimmt, den Wahlrechtsräubern die Möglichkeit zu bieten, sich vor der Oeffentlichkeit zu verstecken." Genau so ist es gekommen. Der Präsident stellte sich auf Seite jener Leute, die entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung, sofort die zweite Lesung vornehmen wollten. Da nützte es nichts, daß Genosse Stolten auf den Widerspruch aufmerksam machte, der zwischen den früheren Erklärungen des Präsidenten und seinem jetzigen Verhalten besteht. Noch einmal bekämpften Dr. Petersen und Dr. Blunk die Vorlage in scharfer Weise, aber die Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder verschloß sich allen triftigen Gründen; ihr war es nur darum zu tun, sich selbst die Macht für immer zu erhalten. Für immer! Wenn diese Rechnung nicht doch noch ein Loch bekommt. Unaufhörlich wird seitens unserer Genossen der Kampf gegen das beschlossene Unrecht geführt werden; für die Agitation haben die Wahlrechtsräuber uns eine Waffe geliefert, mit der ihnen noch manche Wunde geschlagen wird. Bezeichnend ist es, daß diese Männer, die sich nicht scheuten, dem Volke das Recht zu schmälern, doch nicht den Mut besaßen, öffentlich mit ihrem Namen für ihre Schandtat einzutreten. Brutal und feig! Nicht einmal unsern Genossen Bömelburg ließ man mehr zu Wort kommen. Durch einen Schlußantrag machte man ihn mundtot. Wenn auch von unserer Seite in der Bürgerschaftssitzung zum Wahlrechtsraub nichts mehr gesagt werden konnte, so werden wir dennoch in der Oeffentlichkeit und in der Presse unsere Stimme so erschallen lassen, daß den Wahlrechtsräubern die Ohren gellen. Es wird dafür gesorgt werden, daß jene Leute ihres „Sieges" nicht froh werden.

Kiel. Die Bauschlosser einigten sich mit ihren Meistern in der Hauptsache über folgende Punkte: der Minimallohn für Schlossergesellen wird auf 40 Pfg. pro Stunde festgesetzt, für Ausgelernte im ersten Jahre auf 38 Pfg., für selbständige Arbeiter dagegen auf 48 Pfg. Für Ueberstunden soll ein Zuschlag von 25 Proz. und für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gewährt werden. Bei Arbeiten auf Bauten, wo es den dort Beschäftigten nicht möglich ist, mittags nach Hause zu kommen, wird der Tag 1 Mk. Zuschlag gewährt. Die Arbeitszeit soll vom 1. April allgemein 9½ Stunden währen. Vom 1. Jan. 1907 wird dagegen die 9stündige Arbeitszeit in Aussicht genommen. Die Dauer des Tarifes soll sich bis zum 1. April 1908 erstrecken. — Was sich ein Arbeitswilliger alles erlauben darf. Nach Beendigung des hiesigen Tischlerstreiks im vorigen Jahre wurde abends einer der am Streik beteiligt Gewesenen von dem arbeitswilligen Tischlergesellen Neumann angefallen und durch Schläge mit einer Bierflasche über den Kopf bös zugerichtet. Das Schöffengericht verurteilte den rohen Patron zu 1 Monat Gefängnis. Neumann legte Berufung ein und er hatte damit Erfolg. Obgleich sämtliche übrigen Zeugen das Gegenteil behaupteten, schenkte die Strafkammer den Angaben eines anderen Arbeitswilligen Glauben, daß der Mißhandelte der Angreifer gewesen sei. Neumann wurde deshalb „freigesprochen. Es ist begreiflich, daß das Urteil allgemeines Erstaunen erregte.

Oldenburg. 11. ordentliche Sitzung des oldenburgischen Landtages. Die Tagesordnung bestand aus 21 Punkten. Wir wollen nur dasjenige hervorheben, was für unsere Leser von Interesse sein dürfte. Zunächst wurde die Wahl des Abg. Gerdes, der anstelle Lampes gewählt war, für gültig erklärt. Dann wurde das Zivilstaatsdienergesetz in zweiter Lesung dahingehend geändert, daß denselben im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine Summe in Höhe der Invalidenrente aus der Staatskasse gezahlt wird. Ferner soll eine Radfahrordnung für das Fürstentum Lübeck herausgegeben werden, welche sich an diejenige für das Herzogtum anlehnt. Wenn Legitimationskarten eingeführt werden, sollen dieselben kostenlos verabreicht werden; ferner wurden die Abänderungsbestimmungen für das Landgericht Lübeck in zweiter Lesung angenommen, welche eine Vermehrung der Richterstellen bezweckt. Sodann gelangte der Antrag Ahlhorn zur Debatte. Bevor der Antragsteller das Wort erhielt, gab die Regierung die Erklärung ab, welche wir Dienstag wiedergegeben haben. Nachdem der Abg. Ahlhorn kurz seinen Antrag begründet hatte, meldete sich der Abg. Tews zum Wort und führte aus, daß im Fürstentum die Sozialdemokraten die Agrarier als auch ihre bisherigen Bundesgenossen bei Einführung des direkten Wahlrechts an die Wand drücken würden, sodaß sie beide quietschten. Abg. Voß verwahrte sich zwar dagegen, aber es wird doch wohl schließlich so kommen, ob nun das Wahlrecht ein geheimes, direktes oder ein indirektes ist. Die Aeußerungen des Herrn Tews gaben nun aber Anlaß zu einer recht lebhaften und frischen Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Abgeordneten und den Sozialdemokraten. Trotz aller gegenteiligen Versicherung der Bürgerlichen konnte man aber dennoch die Angst vor der Sozialdemokratie aus ihren Worten heraushören. Der Antrag Ahlhorn wurde, wie wir schon berichtet haben, angenommen. Dagegen stimmten die Abgg. Tews, Mohr, Presser, Schulte, Schute und v. Fricken. Präsident Schröder enthielt sich der Abstimmung. Sodann wurden 15 700 Mark zur Verbreiterung der Hunte, unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Drielake bewilligt. Die Geltungsdauer des Einkommengesetzes wurde bis zum 1. Mai 1907 verlängert. Der Ueberschreitung der Landeskasse für das Fürstentum Birkenfeld, im Betrage von 28 736,00 Mk., wurde nachträglich zugestimmt. Auf Antrag wurde die Sitzung bis 5 Uhr nachmittags vertagt.

Bant. Die oldenburgische Regierung verweigerte die Bestätigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Hug als Beigeordneter der Stadt Bant. Und da wird noch vom Selbstverwaltungsrecht der Kommunen gesprochen! — Totenliste der Partei. Hier starb der Dreher Albert Pfannschmidt im 52. Lebensjahre. Pfannschmidt war ein alter Parteigenosse, der sowohl unterm Sozialistengesetz als auch nachher stets eifrig für die Partei wirkte.

Briefkasten.

§§ 12. Offerten sind eingegangen.

Zwei Streitende. Die Aufforderung zum Verlassen des Lokales muß dreimal erfolgen.

C. Uns ist die Nummer leider nicht bekannt. Dem Inhalte nach zu urteilen muß der Artikel jedoch am 22. Januar 1906 erschienen sein. Der Preis der einzelnen Nummer beträgt 10 Pfg., das Porto 3 Pfg.

Quittung.

Für die Ferienkolonien gingen bei uns ein:
Verband der Deutschen Buchdrucker,
Ortsverein Lübeck . . . . . 20.— Mk.
Redaktion des „Lübecker Volksbote".

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:
Tellersammlung in Moisling durch
den Sozialdemokrat. Verein 11,50 Mk.
Expedition d. „Lüb. Volksb."

Plötzlich und unerwartet entschlief am 30 Januar meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter im 68. Lebensjahre. Tiefbetrauert und schmerzlich vermißt von allen, die ihr nahe standen.

Joh. Kruse und Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3½ Uhr statt.

Flotter Damen-Maskenanzug billig zu vermieten Warendorpstraße 24, pt., l

---

Kanarienhähne und Weibchen

werden Freitag und Sonnabend für Export zu höchsten Preisen angekauft bei
Rumohr, Marlesgrube 22 } **Lübeck.**
F. Drews, Schlumacherstr. 4 }

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 5 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Prima Bratenschmalz
Pfund 45 Pfg.
Spitzbeine, leicht gesalzen
Pfund 20 Pfg.
Hiesige Flohmen
Pfund 80 Pfg.
empfiehlt
H. Timm
1 Große Altefähre 1.

Für die bei der Beerdigung unseres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, **Joh. Meyer**, bewiesene Teilnahme, insbesondere seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern der Lüb. Maschinenb.-Ges., sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank

Die Hinterbliebenen.

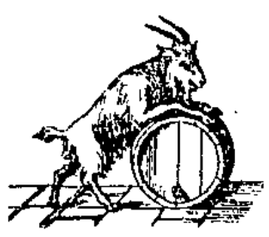
Für die vielen Gratulationen und Geschenke, die uns zu unserer Hochzeit zu teil wurden, sagen herzlichen Dank.

Friedrich Bade und Frau,
Sophie, geb. Burckhardt.

Zum 1. April eine Wohnung
zu vermieten, 2 Zimmer und Zubehör, Preis Mk. 175 Klappenstraße 21

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
liefert prompt und billigst
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Prachtvolles Flohmenschmalz
nicht ganz weiß, Pfund 54 Pfennig
empfiehlt **T. Buhrmann, Inh.: W. Fahle.**
!!! Lubecamarken-Ausgabe !!!



Der Ausstoß
unseres
Bockbieres

beginnt am 1. Februar d. Js.

Aktienbierbrauerei Lübeck.
Adler-Brauerei.
Brauerei Walkmühle, H. Lück.
Hansa-Brauerei A.-G.

Gr. Möbel-Auktion.

Freitag den 2. Februar, vorm. 10½ Uhr,
in den großen Parterreräumen
Fischstraße 40
wegen Räumung über das gesamte große elegante
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Lager,
als: Hochfeine moderne **Polstergarnituren** mit rot, grün, oliv und kupferfarbigen gemusterten Plüsch, gediegene **Moquettgarnituren**, kl. feine **Salongarnituren, Salonschränke, Vertikows, gr. Trumeaux**, geschliffene **Pfeilerspiegel, Spiegelschränke, Salon- und Ausziehtische**, einzelne **Sofas, Sofas** mit **Stühlen**, engl. **Schlafzimmereinrichtungen, Bettstellen** mit Federrahmen, **Waschtische** mit und ohne Marmor, **Küchenschränke, Küchentische, Kleiderschränke, Teppiche, Stühle, Bilder**, einige kurze Zeit gebrauchte Sachen, **Herrenschreibtische** und vieles nicht gen. mehr.

E. Reichel, Auktionator.

Herren- u. Damen-Garderoben
werden in kurzer Zeit gereinigt und gefärbt.
H. J. Kolz, Aegidienstraße 18.

Vereinshaus

Die geehrten Gewerkschaften und Vereine werden freundlichst ersucht, ihre Festlichkeiten, die in dem Zeitraume vom 1. Mai 1906 bis zum 1. Mai 1907 im Vereinshaus stattfinden sollen, spätestens bis zum 15. Februar dss. Js. schriftlich dort anmelden zu wollen.

Leinen- und Wäschehaus
Gebrüder Hefti
Lübeck, Untertrave 111|112, (b. d. Holstenstr.)

Inventur-Ausverkauf.
Günstigste Gelegenheit für Brautausstattungen.

Ein Posten leicht angestäubte **Damenwäsche** bedeutend ermässigt.	**Tuch- und Sommer-Unterröcke** teils für die Hälfte.	**Ca. 800 Stück Satin-Bezüge** früher Mk. 4.25 jetzt Mk. 2.75	**Ca. 800 Stück Damastbezüge** früher Mk. 6.00—9.00 jetzt Mk. 3.75—5.75
Ein Posten Taschentücher enorm billig.	**Ca. 1000 Stück Herren-Kravatten** früher Mk. 1.00—2.00 jetzt 50 Pfg.	**Bunte Herren-Oberhemden** unter Preis.	**Ein Posten** bunte und weiße **Herrenwesten**
So lange der Vorrat reicht: **Grosse weite Träger-Schürzen** jetzt 95 Pfg.	Sämtliche **Spazier-Stöcke** wegen Aufgabe des Artikels für die Hälfte.	**Reste Reste** sowie etwas trübe gewordene **Stickerei** mit 33⅓ Prozent.	**Schwarze Damen- u. Kinderstrümpfe Kinderwäsche** div. einzelne Stücke sehr billig.
Tändel-Schürzen von 15 Pfg. an.	**Trotz dieser billigen Preise Rote Lubeca-Marken.**		**Betten, Bettstellen, Bettfedern, Daunen, Gardinen, Teppiche.**

Neue eichene Waschbalgen empfiehlt billigst **H. Dannert, Fleischhauerstraße 20.**

Prima junges Füllenfleisch empfiehlt **H. Dose, Hundestraße 62.**

Gesucht junge Mädchen, die Schneiderei sowie Musterzeichen gründlich erlernen wollen. Percevalstraße 51, 2. Etage (Hüxtertor).

Früher M. 120.–, jetzt M. 90.–

Florett-Fahrräder allen voran! **Pa. Material, 2 Jahre Garantie!** Freilaufnabe Torpedo M 15 mehr. Mäntel v. M. 3.50 an, Schläuche M. 2.80, Achteken-Laternen M. 2. **H. A. Hill,** Fahrrad-Versandh., Johannisstr 9 Rev all Syst bill Ambos-Fahrräder M.75, 1 J Gar

Im März wird der Zoll auf Kakao ermässigt, um bis dahin meinen grossen **Abschluss** abzunehmen, verkaufe ich einen **wirklich** schönen

KAKAO
zu **1.00** und **1.20** Mk. pro Pfund.
H. Bülck
Fernspr. 149. Breitestrasse 54.

Gelegenheitskauf.
Eine Partie Regenkragen, allerbeste engl. Qual., um damit zu räumen, Stück **6, 7 und 8 Mk.** Wert f. d. Doppelte, bes. geeign. f. Radf. **O. Störzner,** Fahrradhandlung, **Hüxstr. 54.**

Variété
Universum
Heute Donnerstag: Eröffnung des brillant. Februar-Programms!
Magda Elliot, brillante Vortrags-Soubrette.
Rolf Mohr, der beliebte Humorist.
Willy Graselly, der beste Damenimitator.
L. Puls, mit seinen neuesten Schlagern.
Lilly Hassron, Excentric-Soubrette, schick, graziös!
Little Oscar, der kleinste Haar- und Zahn-Athlet der Welt, 5 Jahre alt!
H. Jahnke, Lokal-Humorist.
Puls' Original-Gesangs- und Charakter-Duette.
Das kleine Geschenk, urkomische Posse usw.
Freitag den 2. Juli: Extra-Vorstellung.
Benefiz für den Kapellmeister **Messely.**
L. Puls.

Inventur-Ausverkauf.
Total-Räumung von ca. 3000 Reste Roben
weit unter Preis!

Der Rest ca. 800 Velour-Blusen jetzt **50** Pfg. bis **2.90** Mk.

Kompl. Betten unter Garantie mit doppelt gereinigten Federn

Wert	13.65	22.00	35.00	45.00	60.00
jetzt nur	11.50	17.50	28.50	38.00	48.00 Mk.

Etwas angestäubte Betten, sowie einzelne Betteile ganz enorm billig.

Markmann & Meyer
Breitestraße 44.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Auf vielfachen Wunsch: Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen Pracht-Serie
Der Einzug der Kronprinzl. Braut in Berlin.

Stadthallentheater.
Freitag den 2. Februar. 8 Uhr.
Der Schwur der Treue.
Lustsp. in 3 Akten von Oskar Blumenthal.
Sonnabend: **Keine Vorstellung.**
Sonntag 4 Uhr: **Der Schwabenstreich.**
7½ Uhr: **Die Jüdin.**
Große Oper in 5 Akten von Halevy

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellbrink. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verlagsort: Lübecker Schwalbe. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 27. Freitag, den 2. Februar 1906. 13. Jahrgang.

Die Aussichten der russischen Revolution.

I.

Jedoch die so gemachten „Ersparnisse“ genügen nicht, der Finanznot abzuhelfen. Die Notenpresse muß in Aktion treten und Banknoten fabrizieren, die durch nichts gedeckt sind. Diese Art Falschmünzerei kann natürlich vorübergehend der Regierung neue Mittel schaffen, aber nur durch völlige Zerrüttung des Geldwesens, die gerade im jetzigen Moment besonders verhängnisvoll werden muß.

Dazu gesellt sich aber nun binnen weniger Monate das Regime der neuen Handelsverträge, das gewaltige Störungen im Wirtschaftsleben aller an ihnen beteiligten Staaten zur Folge haben dürfte, für einen so geschwächten Organismus wie den Rußlands indes noch gefährlicher werden muß als anderswo. Es ist aber nicht unmöglich, daß mit diesen Handelsverträgen eine allgemeine ökonomische Krisis einsetzt. Die letzten für die ökonomische Entwickelung Rußlands so trüben Jahre waren in Westeuropa eine Aera der Prosperität, in Amerika sogar eine Aera unerhörten Aufschwungs. Jedoch schon mehren sich die Zeichen, daß das in der kapitalistischen Produktionsweise unvermeidliche Ende jeder Prosperitätsepoche, die Krise, die nicht allzu ferne ist, und es ist sehr wohl möglich, daß der Uebergang zu den so heiß herbeigesehnten und so glorreich erfochtenen neuen Handelsverträgen Brandungen erzeugt, die das ohnehin schon bedenklich schwankende Schifflein der Prosperität zu völligen Kentern bringen. Kommt es aber zu einer allgemeinen Weltkrisis, so muß das die russische Krisis noch vergrößern, die ohnehin durch alle die eben geschilderten Momente ungemein verschärft wird.

Je länger also die Schreckensherrschaft der Reaktion dauert, desto verzweiflungsvoller muß sie die Lage des ganzen wirtschaftlichen Organismus Rußlands, der ganzen russischen Gesellschaft gestalten, desto gewaltiger muß die Empörung aller Klassen gegen dies fluchwürdige Regime anschwellen, desto mehr muß jeder Versuch, das Joch abzuschütteln, die begeisterte Zustimmung, ja Unterstützung und Mitwirkung aller Elemente finden, die nicht völlig verlumpt und verliert sind.

Das ist eine Situation, die jede kraftvolle Erhebung gegen den Zarismus unwiderstehlich macht. Und an dieser Erhebung wird es nicht fehlen. Dafür wird das Proletariat Rußlands sorgen, das schon so viele herrliche Proben seines Heldenmuts und seiner Selbstlosigkeit abgelegt hat.

Kommt es aber wieder zu einem allgemeinen Aufstand wie im Oktober, dann wird er wahrscheinlich nicht auf den Massenstreik beschränkt bleiben. Und hier tritt noch ein Unterschied zwischen der Pariser Junischlacht und der Moskauer Dezemberschlacht zutage: beide waren Barrikadenkämpfe, aber jene bildete die Katastrophe, den Abschluß der alten Barrikadentaktik, diese die Inaugurierung einer neuen Barrikadentaktik. Und insofern haben wir die Anschauung zu revidieren, die Friedrich Engels in seinem Vorwort zu dem Marxschen „Klassenkämpfer“ niederlegt, die Anschauung, als sei die Zeit der Barrikadenkämpfe endgültig vorbei. Nur die Zeit der alten Barrikadentaktik ist vorbei. Das hat die Schlacht von Moskau bewiesen, wo es einem Häuflein Insurgenten gelang, sich gegen überlegene, mit allen Mitteln der modernen Artillerie ausgerüstete Streitkräfte zwei Wochen lang zu behaupten.

Freilich mußte in Moskau eine Reihe von Vorbedingungen zusammentreffen, sollte der bewaffnete Aufstand siegen. Das Militär war zermürbt und desorganisiert, so daß es für die Regierung notwendig wurde, den größten Teil der Infanterie in den Kasernen zurückzuhalten und zu entwaffnen, weil man befürchtete, sie könnte mit den Insurgenten gemeinsame Sache machen. Dann aber war in Moskau die Masse der Bevölkerung auf seiten des Aufstandes und unterstützte ihn tatkräftig. Die revolutionären Kämpfer hätten dort jedenfalls nichts ausgerichtet ohne Mithilfe des größten Teiles der arbeitenden Klassen der Stadt, die zwar nicht an den Gefechten teilnahmen, aber mit der größten Schnelligkeit ein ganzes Netzwerk von Barrikaden hervorzauberten, dessen Beseitigung schon allein die Truppen ermüdete und lähmte.

Endlich aber hing das Gelingen des Moskauer Aufstandes vom Gelingen des gleichzeitigen Massenstreiks ab. Von den Wirkungen des Massenstreiks war damals, als Engels seine Vorrede schrieb, noch viel zu wenig bekannt, als daß er sie hätte in Rechnung setzen können. Eine einigermaßen ausreichende Einsicht in seine möglichen Wirkungen hat uns erst die russische Praxis des letzten Jahres verliehen. Sie aber hat gezeigt, daß es dem chronischen, immer wieder sich erneuernden Massenstreik gelang, die Disziplin in der Armee zu untergraben und ihr den ständigen ruhmlosen, ja erbärmlichen Polizeidienst widerlich zu machen. Das Moskauer Beispiel hat aber auch gezeigt, wie unentbehrlich dort der Massenstreik im Augenblick der militärischen Aktion wurde. Wären die Arbeiter im übrigen Rußland, namentlich in Petersburg, zur Zeit des Moskauer Ausbruchs nicht so erschöpft gewesen, hätten sie vermocht, damals den allgemeinen Streik mit aller Macht durchzuführen, so daß es der Regierung unmöglich war, Verstärkungen nach Moskau zu bringen, und sie ebenso gelähmt und desorganisiert wurde wie im Oktober, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach der Aufstand im Dezember gelungen.

Das sind die Lehren von Moskau. Inwieweit sie auf die Formen der kommenden Kämpfe Einfluß haben werden, kann heute von hier aus unmöglich vorausgesehen werden. Haben wir es doch bei allen den bisherigen Aktionen der russischen Revolution mit spontanen Ausbrüchen unorganisierter Massen zu tun gehabt, war doch keine einzige dieser Aktionen vorher geplant und vorbereitet, und so wird es wohl auch weiterhin noch eine Weile der Fall sein.

Lassen sich aber die kommenden Formen des Kampfes heute doch nicht bestimmt erkennen, so bezeugt doch alles, daß wir mit Notwendigkeit weitere Kämpfe zu erwarten haben, daß die unheimliche Ruhe nur die vor dem Sturme ist. Die Bewegung des Oktober hat den Massen in Stadt und Land gezeigt, welcher Kraftentfaltung sie fähig sind, die Reaktion des Januar hat sie dann aber in einen qualvollen Abgrund gestoßen, in dem sie alles erregt und empört und dem zu entkommen ihnen kein Preis zu hoch sein kann. Bald richten sie sich raffelnd wieder in die Höh', bald kehren sie reifiger wieder! Mag das Gelichter der Gegenrevolution seinen Karneval über den Leichen der erschlagenen Freiheitshelden tanzen: schon naht sein Aschermittwoch, und danach rote Ostern, die Auferstehung der proletarischen Revolution.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag beendete am Dienstag in ziemlich kurzer Sitzung die erste Lesung der Verschlechterungsnovelle zum Hilfskassengesetz. Die überwiegende Mehrzahl der Redner sprach sich wiederum gegen die Absicht der Regierung aus, die Hilfskassen der Kontrolle des Aufsichtsamts für Privatversicherung zu unterwerfen; nur der Konservative v. Brockhausen versuchte eine schüchterne Verteidigung. Selbst der scharfmacherische Nationalliberale Dr. Becker aus Hessen protestierte gegen die Zusammenwerfung der soliden Hilfskassen mit den Schwindelkassen; der Volksparteiler Meier-Jobst wies auf die blühenden Ziegler-Kassen seiner lippischen Heimat hin, die sich für die ihnen zugedachte bureaukratische Bevormundung bestens bedanken; der Freisinnige Schrader bezeichnete die Hilfskassen als unbedingt notwendig und zu dem gleichen Resultat gelangte auch die Jungfernrede des mit freisinniger Unterstützung gewählten Antisemiten Schack, der freilich nebenbei sein mageres Parteisüpplein durch hämische Bemerkungen über „sozialdemokratische“ Ortskrankenkassen zu würzen suchte. Genosse Stadthagen wies überzeugend nach, daß die Vorlage, weit entfernt, den Schwindel zu treffen, den sie nicht einmal zu definieren weiß, dem Hasse der Bureaukratie gegen Selbstverwaltung, zumal gegen proletarische, ihren Ursprung verdankt. Wider Willen bestätigte Graf Posadowsky die Ausführungen unseres Fraktionsredners: er sprach von den „Klagen“, die in „weitesten Kreisen“ gegen die Krankenkassen erhoben würden, und verriet recht deutlich die Absicht, die an den Hilfskassen geplante Strangulation bei passender Gelegenheit auch auf die Ortskrankenkassen auszudehnen. — Entgegen dem Wunsche unserer Fraktion, die die Novelle der Kommission für den Versicherungsantrag überwiesen sehen wollte, beschloß das Haus ihre Ueberweisung an eine besondere 14gliedrige Kommission. — Am Mittwoch, dem Schwerintage, stand der Tolerarzantrag des Zentrums, sowie unser Antrag auf Einführung von Verfassungen in Mecklenburg und Elsaß-Lothringen auf der Tagesordnung.

Von einer neuen Kaiserrede weiß die „Sächs. Arbeiterztg.“ zu berichten: Am vorigen Montag, einen Tag nach den preußischen Wahlrechtsdemonstrationen, empfing Wilhelm II. im Schloß zu Berlin die Selektaner der Lichterfelder Kadettenanstalt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kaiser an die embryonalen Leutnants eine Ansprache, die etwa folgenden Wortlaut hatte:

Ich rechne auf Ihre Treue und Hingebung, im Felde und auf der Straße...,

Die letztere Wendung vermochten die Herren Selektaner nicht ohne weiteres zu begreifen. Sollte das etwa bedeuten, daß sie künftig nicht in Zivil die Straße unsicher machen dürften, sondern immer hübsch durch die Uniform kenntlich bleiben sollten als Inhaber des vornehmsten Rocks? Der Kaiser beobachtete die verdutzten Mienen und fuhr deshalb mit erhobener Stimme fort:

Jawohl, auch im Straßenkampf, meine Herren!

Und nun begriffen die Herren ihre Mission! Daß die künftigen Herren Leutnants auch bereit sein müßten, auf Vater und Mutter zu schießen, fügte Wilhelm II. diesmal nicht hinzu, obwohl doch unter Capelvi die Gefahr ganz nahe war, daß die Väter und Mütter der Kadetten von Groß-Lichterfelde, den Bundschuh im Wappen, auf die Straßen gingen, zwar nicht nach Brot, aber nach teuerem Brot schreiend.

Nur erst Vorläufer der teueren Zeit. Der neue Zolltarif, der am 1. März d. Js. in Kraft tritt, hatte nach seiner Beschlußfassung im Reichstage 1904 die natürliche Wirkung, daß die Spekulation schon im Jahre 1905 die Preise bedeutend erhöhte. Der amtliche Bericht über die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel im abgelaufenen Jahre verzeichnet zum Teil geradezu kolossale Erhöhungen. Im Vergleich zum Jahre 1904 mußten für 1000 Kilogramm in Mark gezahlt werden: für Weizen 169 (168), Roggen 146 (133), Gerste 148 (138), Hafer 145 (134), Erbsen 235 (233), Speisebohnen 320 (296), Linsen 411 (372), Eßkartoffeln 58,1 (60,8), Richtstroh 45,3 (40,8), Heu 67,6 (63,7), Rindfleisch im Großhandel 1183 (1128); für 1 Kilogramm in Pfennigen bei Rindfleisch von der Keule 151 (143), vom Bauche 129 (121), Schweinefleisch 156 (132), Kalbfleisch 153 (144), Hammelfleisch 148 (141), geräucherten Speck 171 (151), Eßbutter 242 (236), Schweineschmalz 170 (155), Weizenmehl 30 (30), Roggenmehl 26 (25), für ein Schock Eier 423 (391). Das sind Differenzen von 13 Mk. beim Roggen, 10 Mk. bei Gerste, 11 Mk. bei Hafer, 39 Mk. bei Linsen, 55 Mk. beim Rindfleisch. Der Preis für das einzelne Kilogramm stieg beim Rindfleisch um 8 Pfg., Schweinefleisch um 24 Pfg., Kalbfleisch um 9 Pfg., Hammelfleisch um 7 Pfg., Speck um 20 Pfg., Butter um 6 Pfg., Schweineschmalz um 15 Pfg., beim Schock Eier um 32 Pfg. Wohlverstanden im Reichsdurchschnitt! Solche Preiserhöhungen hat die Arbeiterschaft durch ihren Verdienst nicht wettmachen können. Die Folge war eine schlechtere Er-

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzt von Natalie Liebknecht.

1. Fortsetzung.

Die Stadt Marney war ein Sammelort landwirtschaftlicher Arbeiter, denn die Grundherren der Nachbarschaft hatten das System verfolgt, die Hütten auf ihren Besitzungen zu zerstören, und sich von der Pflicht, ihre Arbeiter zu unterstützen, frei gemacht. Das ausgetriebene Volk zog in Haufen nach Marney wo während des Krieges eine Fabrik ihnen einigen Verdienst geboten hatte, deren Räder freilich längst aufgehört hatten, das Wasser der Marne zu beunruhigen. Dieser Hilfsquelle nun beraubt, breiteten die Hungrigen sich weiter aus über das Land, welches sie ausgestoßen hatte.

Ihre Rückkehr in die benachbarte Gemeinde wurde mit großem Argwohn betrachtet, ihrer erneuerten Niederlassung widersetzte man sich mit dem erfinderischsten Scharfsinn. Diejenigen, die sich die Arbeit der Unglücklichen zu Nutzen machten, waren sorgsam darauf bedacht, daß dieselben nicht Bewohner des von ihnen bebauten Bodens wurden; und obgleich durch die außerordentliche Konkurrenz es wenig Distrikte im Königreich gab, wo die Löhne mehr herunter gedrückt waren, so hatten die Arbeiten, welche glücklich genug waren, den dürftigen Lohn zu erhalten, als Zusatz zu ihrer Arbeit noch jeden Morgen und Abend einen langen beschwerlichen Weg zurückzulegen, ehe sie die Stätte ihrer Arbeit erreichen oder in die schmutzige Höhle zurückkehren konnten, die den Namen Heim entweihte. In dieses Heim, über dem die Malaria schwebte, und zu dessen zerbröckeltem Herd, außer der von Arbeit erschöpften Familie, noch andere Gäste versammelt waren: Fieber in jeder Gestalt, Typhus, Wechselfieber und die mörderische Auszehrung, in dieses todbringende Heim kehrte der tapfere, brave britische Bauer des Abends zurück, nachdem er die weiten fruchtbaren Felder des „fröhlichen alten Englands“ bearbeitet hatte — kehrte zurück, um den schlimmsten aller Krankheiten entgegen zu treten, mit einem Körper, der am wenigsten sich eignete, ihnen Widerstand zu leisten — mit einem Körper, aufgemergelt durch übermäßige Arbeit, niemals durch Fleischnahrung gekräftigt. Vom Regen durchnäßt, konnte er seine triefenden Lumpen nicht wechseln und mußte dem Wind, der die dürren Zweige abschüttelte, für sein bischen Brennholz dankbar sein.

Die Augen dieser Unglücklichen mochten sich auf den einsamen Kirchturm richten, der in ihrer Mitte sich erhob, ein Verkünder des zeitlichen Trostes und zukünftiger Gleichheit; aber die Kirche in Marney hatte ihre christliche Sendung vergessen.

Der Vikar war allerdings ein musterhafter Mann, der jedoch glaubte, seiner Pflicht zu genügen, wenn er jede Woche zwei Predigten hielt und seiner Gemeinde Demut und Dankbarkeit für die Segnungen des Lebens einschärfte. Die Bewohner der Hauptstraße und der benachbarte Adel bildeten den Kern seiner Zuhörerschaft. Lord und Lady Marney, begleitet von Kapitän Grouse, kamen jeden Sonntagmorgen mit empfehlenswerter Regelmäßigkeit und wurden in das unsichtbare Innere der weiten Loge eingeführt, welche die Hälfte der Gallerie einnahm, mit rotem Damast überzogen und mit bequemen Lehnstühlen und weichgepolsterten Gebetschemeln ausgestattet war.

Das Volk von Marney nahm seine Zuflucht zu den Konventikeln in anspruchslosen Bauten von hellem Backstein, mit den Namen Zion, Bethel, Bethesda bemalt — Namen aus einem entfernten Lande und in der Sprache einer alten und verfolgten Rasse. Doch so groß ist die geheimnisvolle Macht dieser Worte, daß sie im 19. Jahrhundert den abgerackerten Körpern und den gequälten Seelen der englischen Bauernschaft Trost bringen.

Wie ergeben auch der Vikar von Marney seinen Pfarrkindern gewesen sein mochte, seine Bemühungen für ihr Wohlergehen mußten sich hauptsächlich auf geistlichen Trost beschränken. Verheiratet und Vater einer zahlreichen Familie, erhielt er für seine Arbeiten den kärglichen Zehnten der Pfarrei, welcher ihm ein Einkommen sicherte, beträchtlich kleiner als das Gehalt eines Bank-Kommis oder des Koch einer Bankierfamilie. Der reiche Kirchenzehnten von Marney, der sich hoch in die tausende von Pfunden Sterling belief, floß in die Taschen der glücklichen Grafen, die den Namen der Stadt trugen.

Den Morgen nach Egremont's Ankunft in der Abtei konnte man in der Hauptstraße der Stadt eine ungewöhnliche Aufregung bemerken. Vor dem Eingang des „Grünen Drachen“ war eine Gruppe von wichtigen Personen in ernster und sehr eifriger Unterhaltung: der erste Rechtsanwalt des Ortes, der Brauer, der Vikar selbst und mehrere von jenen gewächlichen Nichtstuern, wie sie in solchen Landstädtchen in Ueberfluß zu finden sind, und die sich unter die Bezeichnung „zurückgezogene Gentlemen“ einreihen. Kurze Zeit darauf kam ein Bedienter in der Livre der Abtei herangaloppiert und übergab dem Vikar einen Brief. Die Aufregung hatte jetzt augenscheinlich die höchste Höhe erreicht. Auf der anderen Seite der Straße, gegenüber der bedeutungsvollen und einflußreichen Gruppe, hatte sich eine zweite Gruppe gebildet, die wohl größer an Zahl, aber sehr mangelhaft inbezug auf die Qualität war. Die Leute, aus denen sie bestand, schauten mit offenem Mund und neugieriger, um nicht zu sagen beunruhigter Miene nach der anderen Gruppe herüber. Der Oberkonstabler (Wachtmeister) ging an die Tür des „Grünen Drachen“ und obgleich er nicht, wagte sich der Hauptgruppe anzuschließen, war er sichtlich in Bereitschaft für den Fall, daß er verlangt würde. Die Turmuhr schlug elf; ein Karren hatte Halt gemacht, um die Ereignisse zu verfolgen; und desgleichen ein Kutscher, der ein Handpferd nach Hause zu führen hatte.

„Da sind sie!“ sagte der Brauer.

„Lord Marney selbst“, sagte der Advokat. „Und Si

nährung der breiten Massen. Immerhin sind diese Preiserhöhungen nur die Vorläufer der teuren Zeit, die eintreten muß, wenn der neue Zolltarif in Kraft getreten sein wird. Wer reizt nun auf, die Sozialdemokratie oder diese nackten und brutalen Tatsachen? U. A. w. g.!

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Auf dem Tonwerk „Merkur" zu Jasnick (Pommern) befinden sich 34 Tongräber seit ungefähr 3 Wochen wegen Lohndifferenzen im Streik. Der Zuzug ist mit allen gesetzlichen Mitteln fernzuhalten. — Auf dem Hirschfelder Brikettwerk bei Zittau stellten am Sonnabend die Bergleute die Arbeit ein, weil die Maßregelung zweier Bergleute nicht zurückgenommen wurde. — Die Konfektionsarbeiter des Rhein- und Maingaues sind in den Ausstand getreten. — Der Streik im Stahlwerk Mannheim ist beendet. Nach etwa vierstündiger Verhandlung zwischen Vertretern der Direktion und der ausständigen Arbeiter kam eine Vereinbarung zustande, der die Streikenden am Sonnabend vormittag zustimmten. — Der Streik in der badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen wurde am 29. Januar vor dem dortigen Gewerbegericht zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. Die Arbeiter erhalten eine zehnprozentige Lohnerhöhung und bessere Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. — Die Straßenbahner streiken in Genua und Reims.

Protestversammlungen gegen das preußische Landtagswahlunrecht. Auch am verflossenen Sonntag fanden im Wahlkreise Dortmund-Hörde zwölf meistens stark besuchte Protestversammlungen statt, in welchen selbstverständlich auch die blamablen Vorkehrungen der Regierung am vorletzten Sonntag gebührende „Würdigung" fanden. Ueberall wurden die bekannten Resolutionen einstimmig angenommen. Zur Stunde ist von irgendwelchen Zwischenfällen nichts bekannt geworden, dürften sich auch kaum ereignen, da unsere Leute Disziplin halten und die Polizei sich meistens vernünftig zeigt. Es kommt auch vor, daß letzteres nicht der Fall ist, wie vorige Woche bei der Protestversammlung in Hörde. In Hörde hatte bekanntlich der Bürgermeister uns alle Lokale „weggemietet", bis auf eins. So hatte der Bürgermeister hinreichend Reklame für unsere Versammlung gemacht, die sich denn auch so imposant gestaltete wie kaum eine zuvor in Hörde. Den Wirten aber, die sich so bereitwillig ihre Lokale vom Bürgermeister haben wegmieten lassen, wurde dadurch gelohnt, daß ihnen am Abend des Versammlungstages die Polizeistunde auf zehn Uhr festgesetzt wurde. Ein unerhörtes Vorgehen. Bürgermeister Evers hatte Angst, deshalb hielt er auch seine Polizei für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht für ausreichend und erbat und erhielt vom Oberbürgermeister Schmieding der Stadt Dortmund Hülfe. Aber zu tun gab's nichts, und Herr Bürgermeister Evers hat sogar in der bürgerlichen Presse reichlichen Spott geerntet. Evers war früher in Remscheid Bürgermeister, wo er sich in der Staatsretterei ebenfalls einen Ruf erworben hat. Als seiner Zeit der Rheinische Arbeiter-Sängerbund in Remscheid sein Fest feiern wollte, wußte Evers das zu verhindern, indem er kurzerhand das Festzelt abbrechen ließ.

Wahlreform und Arbeiterschaft. Die österreichische Sozialdemokratie läßt in der Agitation für die Wahlreform keine Pause eintreten, sie macht ihr Gelöbnis, nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine gleiche Wahlrecht erkämpft ist, zur Wahrheit. Für Sonntag und Montag waren in ganz Oesterreich Versammlungen anberaumt, um vor Wiedereröffnung des Parlaments diesem und der Regierung die Forderungen des Volkes nochmals zum Bewußtsein zu bringen. In Wien waren allein 17 Versammlungen anberaumt. In der den Versammlungen zur Annahme unterbreiteten Resolution wird die Mahnung an die Regierung gerichtet, die Einbringung der Wahlreform, zu der sie sich bindend verpflichtet hat, nicht länger zu verzögern. „. . . Die Arbeiterschaft erwartet, daß ihr das politische Recht, das ihr so lange wider alle Vernunft, wider alle Gerechtigkeit und zum größten Schaden der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen aller Völker vorenthalten wurde, nun endlich ehrlich und in vollem Umfange gewährt werde." Die Absicht, eine längere Seßhaftigkeit zur Bedingung der Wahlberechtigung zu machen, wird als „ein Attentat auf das Recht der Arbeiter, als ein niederträchtiger Wahlrechtsraub" erklärt, der mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden würde. Der Schluß der Resolution lautet: „Die heutige Versammlung erklärt feierlich, daß die Arbeiterschaft unbeugsam entschlossen ist, den Kampf für ihr volles, unverkürztes Recht unter jeder Bedingung zu Ende zu führen, und daß sie vor keinem Opfer zurückschrecken wird, wenn ihr die verbohrte Einsichtslosigkeit der Privilegierten die Notwendigkeit auferlegen würde, die Erfüllung ihres Rechtes durch neue Kämpfe zu erzwingen."

„Nur" 22 Majestätsbeleidigungen sollen in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" enthalten sein. Ein weiteres Majestätsbeleidigungsverfahren ist wegen eines anderen Artikels gegen dasselbe Parteiblatt eingeleitet worden.

Nicht weniger als 100 Strafmandate wegen der Verbreitung des Flugblattes zum 21. Januar „An das preußische Volk" sind bis jetzt unseren Parteigenossen in Halle a. S. von der Polizei zugestellt worden. Was bisher Sonntags ungehindert geschehen konnte, soll jetzt strafbar sein. Die Polizei scheint mit dem 21. Januar gar nicht auf ihre Rechnung kommen zu wollen. Schließlich müssen die Arbeiter noch die Säbelschleifereien, Revolverinstandsetzungen durch Strafmandate bezahlen. Jedoch allzu scharf gespannt, platzt der Bogen.

Unfaßbar. Am 14. Januar verbreitete unsere Partei in ganz Preußen ein Flugblatt, das sich gegen das Dreiklassenwahlunrecht im preußischen Landtage richtete und zu gleicher Zeit zu imposanten Protestdemonstrationen am 21. Januar aufrief. Ueberall waren Polizei und Landgendarmen tätig, diese Flugblätter zu konfiszieren und unsere Parteigenossen als Verbreiter derselben festzustellen. Die Verbrechen, die sie begangen haben sollten, waren fürchterlich genug. Sie sollten durch Verbreitung des Flugblattes sich schuldig gemacht haben der Weitertragung von Beleidigung des Landtages, der Aufforderung zu Gewalttätigkeiten und der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. All' die schönen Hoffnungen, den Verfasser, den Verleger und die Verbreiter des Flugblattes hinter Schloß und Riegel zu bringen, sind gestört. Dem „Vorw." liegt folgender Beschluß vor:

In der Strafsache gegen P. und Genossen wegen Beleidigung wird der Beschluß des Amtsgerichts Kalkberge vom 14. Januar 1806, betreffend die Beschlagnahme der Exemplare der Druckschrift „An das Preußische Volk" auf die Beschwerde des verantwortlichen Redakteurs Preczang vom 22. Januar 1906, aufgehoben, da nicht hinreichender Verdacht dafür vorliegt, daß die in der Druckschrift enthaltenen Angriffe sich gegen die Mitglieder des Landtages persönlich richten und im übrigen die Erteilung der Ermächtigung aus § 197 Str.-G.-B. sehr zweifelhaft erscheint. Auch eine Verurteilung aus §§ 130, 131 Str.-G.-B. dürfte nicht zu erwarten sein, da einerseits die Aeußerung zu Gewalttätigkeiten, andererseits das Bewußtsein von der Entstellung oder Erdichtung der Tatsachen nicht nachzuweisen sein wird.

Berlin, den 22 Januar 1906.
Königliches Landgericht II, Strafkammer 6.
(Unterschriften.)

Die große Staatsaktion ist verpufft. Trotz aller Konfiskation unserer Flugblätter ist der Demonstrationstag wunderbar verlaufen; vielleicht gerade darum! Auch die Kriegsvorbereitungen am 21. Januar trugen nicht zur Einschränkung, sondern zur Erhöhung des Eindruckes bei. Nun ist nicht einmal eine nachträgliche Rache an den Veranstaltern dieser Demonstration mehr möglich. Das Flugblatt ist unfehlbar, seine Verbreiter sind unfaßbar — die Sozialdemokratie ist unfaßbar!

Der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein brachte im sächsischen Landtag der zweiten Kammer eine Interpellation ein, in der die Regierung wegen der Versammlungsverbote am 20. und 21. Januar befragt wird.

In den Armen liegen sich beide . . . Bei den Stadtwahlen in Turin siegte die klerikalliberale Koalition. Die Sozialdemokraten eroberten nur die 16 Sitze der Minorität. Bei einer starken Wahlbeteiligung stimmten die Priester und Mönche für die klerikal-freimaurerische Liste!

Aus Nah und Fern.

Dresden-Chemnitz-Plauen. Die sächsische Justiz bemüht sich noch immer, Wahlrechtsdemonstranten den Prozeß zu machen. In Dresden gibt's noch immer Prozesse, in Chemnitz flattern Strafmandate wegen Hochrufen und in Plauen stellte man gleich 15 Wahlrechtsdemonstranten vor die gestrengen Richter. Die Angeklagten haben weiter nichts getan, als die anderen Tausende und Abertausende im roten Königreich in den Dezembertagen getan haben: Sie gingen am 3. Dezember, einem herrlichen Sonntage, durch die Stadt spazieren. Das wurde von der Polizei als ein unerlaubter Umzug und als grober Unfug betrachtet. Die Anklage richtete sich gegen den Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses „Schillergarten", Genossen Dietze, und 14 andere Genossen, die durch ihre Parteitätigkeit der Polizei bekannt sind und von dieser am 3. Dezember auf der Straße mit bemerkt und als Veranstalter des „Umzuges" betrachtet wurden. Am liebsten hätte man wohl sämtliche Teilnehmer auf die Anklagebank geschleppt. Da das nicht angängig war, so sollen nun die von der Polizei auserwählten fünfzehn für die anderen mit büßen. Sie wurden auch sämtlich verurteilt; kein einziger Freispruch erfolgte. Auf vierzehn Wochen Gefängnis und 45 Wochen Haft erkannte das Landgericht Plauen, erste Strafkammer. Genossen Dietze wurden wegen Vergehens gegen das „Juwel", genannt Vereins- und Versammlungsrecht, vom Jahre 1850 im Zusammentreffen mit grobem Unfug sechs Wochen Gefängnis aufgebrannt; zwei andere Genossen erhielten wegen Auflaufs je vier Wochen Gefängnis und wegen groben Unfugs je drei Wochen Haft; die anderen zwölf Angeklagten wurden ebenfalls wegen groben Unfugs mit je drei Wochen Haft bestraft. Interessant ist die Begründung des Urteils. Es wird da gesagt, daß der Umzug durch die Stadt den Zweck in sich trug, nicht nur die Obrigkeit, sondern auch die übrigen gesetz- und ordnungsliebenden Bürger zu belästigen, sowie zu beunruhigen und einzuschüchtern. Es sei eine „Ungebühr", einen solchen Umzug zu veranstalten, ohne die Genehmigung dazu einzuholen und die Straßenpolizei davon in Kenntnis zu setzen. Ueberdies hätten die Teilnehmer „ungebührlichen Lärm" verübt durch die Hochrufe vor der Wohnung des Oberbürgermeisters und die übrigen Hoch- und Protestrufe auf dem Altmarkte; endlich hätten sie auch ihre Mißachtung gegenüber den Beamten durch laute Rufe zu erkennen gegeben. Geldstrafen zu wählen, hätte sich das Gericht nicht entschließen können, sich vielmehr verpflichtet gehalten, Strafen zu wählen, die die Sicherheit gewähren, daß sie von denjenigen getragen werden, denen sie auferlegt sind. — Man sieht, das Gericht ist in Plauen nicht weniger gründlich vorgegangen, als die dortige Polizei. Es ist eben sächsische Justiz, die da gearbeitet hat. Würdig reihen sich diese Urteile denen der Dresdener und Chemnitzer Gerichte an. Hätte sich die Polizei in Plauen so verhalten, wie die Berliner und Chemnitzer am 21. Januar, dann wäre überhaupt nichts vorgefallen.

Der Segen der Berufung. Das Oberkriegsgericht des siebzehnten Armeekorps in Thorn verhandelte gegen den Musketier Sänger, der vom Kriegsgericht zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Angeklagte hat sich gegenüber einem Wachthabenden renitent benommen und sich zu einem tätlichen Angriff gegen diesen hinreißen lassen. Auf die Berufung des Verurteilten setzte das Oberkriegsgericht die Strafe auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis herab, indem es den tätlichen Angriff als einen minder schweren Fall erachtete.

Familientragödie. Die Frau des früheren Schutzmannes Merker in Baden-Baden, welcher seine Entlassung genommen hat und seine Frau verlassen hatte, hängte ihre drei Kinder auf und versuchte, sich selbst zu erhängen. Sie wurde jedoch an ihrem Vorhaben verhindert. Die Tat geschah offenbar in einem unzurechnungsfähigen Zustande.

Zur Kindesmordaffäre in Hergershausen (Hessen) hat kürzlich, wie wir mitteilten, der Landtagsabgeordnete Bähr eine Interpellation bei der zweiten Kammer eingebracht, in der gefragt wird, ob es der Regierung bekannt sei, daß in Hergershausen im Auftrage eines eifrigen Staatsanwaltschaftsaspiranten sämtliche Frauen und Mädchen untersucht worden seien, um die Mutter des getöteten neugeborenen Kindes zu eruieren? Wie jetzt der Frankfurter „Volksstimme" aus Darmstadt mitgeteilt wird, ist der betreffende Assessor in Hergershausen (Derch) vom Dienste suspendiert worden; die Stelle ist bereits anderweitig besetzt.

Aus einer kleinen Stadt. Im Städtchen Vallendar herrschen unglückliche Zustände, die in einer Versammlung erörtert wurden. Seit Amtsantritt des Bürgermeisters Kohls hat die städtische Schuldenlast um 400 000 Mark zugenommen. Seit 1896 sind falsche Etats aufgestellt und Revisionen nicht ausgeführt worden. Eine Versammlung der Bürger beschloß, das Ministerium zu ersuchen, die Stadtverordnetenkörperschaft aufzulösen und die Angelegenheit im Landtag zur Sprache zu bringen, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten und die verantwortlichen Beamten und Stadtverordneten regreßpflichtig zu machen.

Bavasour Firebraje, wahrhaftig!" „Ich wundere mich, wie er hierher kam", sagte ein zurückgezogener Gentleman, der einst Lichterzieher in Holborn Hill (London) gewesen war.

Der Vikar nahm seinen Hut ab und Alle taten's ihm nach.

Lord Marney und sein Magistratskollege ritten rasch zu dem Wirtshaus, wo sie eilig abstiegen. „Nun, Snigford" sagte Seine Lordschaft in einem entschiedenen Tone, das ist eine schöne Geschichte! Ich will dem Unfug sofort ein Ende machen."

Glücklicher Mann, wenn er dies erreicht! Die Fackel des Brandstifters war zum ersten Mal in die Gemeinde Marney gebracht worden, und in der vergangenen Nacht hatten die besten Kornschober des Abteigutes als lodernde Lärmfeuer das ganze Land ringsum erschreckt.

Drittes Kapitel.

„Es ist nicht so sehr das Feuer, Sir", sagte Herr Bingley von dem Abteigut zu Egremont, was mich beunruhigt, als die Stimmung der Leute. Wissen Sie, Sir, es waren drei oder vier Dutzend von ihnen hier zur Stelle, aber mit Ausnahme meiner Gutsknechte wollte kein einziger die Hand anlegen, um die Flammen zu löschen; obgleich das Wasser so nahe ist und sie von großem Nutzen hätten sein können."

„Erzählten Sie das auch Lord Marney, meinem Bruder?"

„A, ich habe die Ehre mit Herrn Charles zu sprechen! Seien Sie herzlich willkommen. Ich bin froh, Sie wieder in dieser Gegend zu sehen. Es ist lange her daß wir nicht das Vergnügen hatten, Sir. Sie reisten in fremden Ländern, wie ich sagen hörte?"

„Ja, so etwas; ich bin aber froh, wieder zu Hause zu sein, Herr Bingley, obgleich es sehr unangenehm ist, einen brennenden Kornschuppen des Abteiguts zum Willkommengruß zu haben."

„Nun, Herr Charles, unter uns gesagt —" und Herr Bingley sprach leiser und sah sich um — „hier geht es sehr schlecht. Ich für meinen Teil kann mir nicht erklären, was aus dem Lande geworden ist. Das ist nicht mehr das Land, das es war, als Sie, mein Lord, zu uns kamen, um auf dem Moore zu jagen. Gewiß, Sie erinnern sich dessen noch, Herr Charles?"

„So angenehmen Sport vergißt man nicht leicht, Herr Bingley. Mit Ihrer Erlaubnis will ich mein Pferd auf eine halbe Stunde hier unterstellen. Ich habe Lust, einmal nach den Ruinen zu wandern."

„Sie werden sie nicht sehr verändert finden," sagte der Pächter lächelnd. „Diese Mauern haben seit ihrem Entstehen gar mancherlei gesehen, gar manchen Wechsel erlebt. Aber Sie werden doch wohl unser Ale kosten, Herr Charles?"

„Wenn ich zurückkomme."

Aber der gastfreundliche Bingley nahm keine abschlägige Antwort an, und da Egremont darauf verzichten mußte, das Haus zu betreten, weil die Sonne sich schon neigte, rief der Farmer einem seiner Arbeiter und hieß ihn Egremonts Pferd nehmen, während er selbst an das Haus eilte, um einen Becher mit dem schäumenden Labetrunk zu füllen.

„Und was denken Sie von dem Feuer?" sagte Egremont zu dem Knecht.

„Ich denke, es ist eine schwere Zeit für die Armen, Sir."

„Aber Kornschober verbrennen wird die Zeit nicht leichter machen, mein guter Mann."

Der Mann antwortete nicht und führte, ohne ein Wort zu sagen, jedoch mit verbissener Miene, das Pferd in den Stall.

* * *

Ungefähr eine halbe englische Meile von Marney verengerte sich das Tal und der Fluß nahm einen gewundenen Lauf. Er schlängelte sich durch üppige Wiesen, zu beiden Seiten von dichten Wäldern eingefaßt, in denen hier und da Steinbrüche versteckt waren. Gute Bausteine, reichliches Bauholz und gesundes, fließendes Wasser, eine schöne Umgebung, geschützt vor jedem scharfen, schneidenden Wind, war dies ganz der Ort, wie ihn die Kirche in alten Zeiten mit Vorliebe für ihre dauerhaften Prachtbauten auszusuchen liebte. Egremont war so recht eigentlich im Schatten dieser herrlichen Ruinen geboren, sie waren mit seinen ersten und frischesten Träumen verwachsen, jeder Weg und Steg, jeder Schritt und jeder Fußbreit Lands war ihm so bekannt, als wenn er einer der alten Mönche gewesen wäre, und doch konnte er nie ohne innere Bewegung die unvergleichlichen Ueberreste einer der größten Kirchenbauten von Nordengland betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: John Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von [illegible] & Co. — Sämtlich in Lübeck.